

## **Frohe Weihnachten und ein gutes, gesundes Jahr 2016**

wünschen wir allen Leserinnen und Lesern unseres POLIZEISPIEGELS, all unseren Mitgliedern, Freunden der DPolG, unseren Verhandlungs-, Gesprächs- und Wirtschaftspartnern sowie deren Angehörigen.

Mit diesen Wünschen verbinden wir den Dank für die Treue, den großen Zuspruch und das Vertrauen, das unseren ehrenamtlichen Mandatsträgern wie auch den Beschäftigten unserer Landes- und Bundesgeschäftsstelle erneut entgegengebracht wurde.

Wenn wir uns Besinnung in der Adventszeit wünschen, die wir sicher an vielen Stellen eher als hektisch und mit Arbeit belastend empfinden, dann möchten wir unserem innersten Streben nach Ruhe, nach Erholung, nach dem Blick nach innen und auf das, was wesentlich erscheint, zum Ausdruck bringen. Auch weil wir wissen, dass die Polizeibeschäftigten ganz aktuell über die Belastungsgrenze hinaus arbeiten. Erholung, Regeneration und soziale Kontakte zu Freunden und Familie kommen dabei leider viel zu kurz.

Dem Wunsch nach einem friedlichen Weihnachtfest kommt gerade vor den in jüngster Zeit geschehenen Ereignissen eine ganz besondere Bedeutung zu. Tagtäglich erfahren wir leider, dass unsere Welt nicht friedlich ist. Wir erleben Menschen, die uns und anderen Menschen unfriedlich begegnen. Wir erleben Gewalt, Terror und sehen Leid und Trauer, die dadurch entstehen. Und längst hat die Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft die Polizei und den öffentlichen Dienst erreicht. Selbst werden wir Opfer oder müssen erleben, wie Kolleginnen und Kollegen Opfer werden.

Wenn wir ein gesundes Jahr wünschen, dann wollen wir an dieser Stelle an all diejenigen Kolleginnen und Kollegen denken, die im Dienst verletzt wurden und deren Körper und Seele Schaden genommen haben. All diejenigen, die erkrankt waren und sind, denen wir auf diesem Weg schnelle Genesung wünschen. Wir sind dankbar, dass wir auch in diesem Jahr wieder mit der DPolG-Stiftung Hilfe leisten konnten und schließen in diesen Dank gerne unsere Freunde und Freundinnen der Stiftung mit ein, die mit ihrem Wirken und Zutun, diese Stiftung tragen.

Wir denken an die vielen Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Jahr von uns gehen mussten. Wir werden sie nicht vergessen und vielleicht gerade in diesen Tagen, die für die nahen Angehörigen zu den schwersten Tagen zählen, uns an sie erinnern.

Wenn wir Ihnen und uns allen ein sicheres Jahr 2016 wünschen, dann folgt dies der Erkenntnis, dass wir selbst immer versuchen, für andere Menschen Sicherheit zu gewähren oder herzustellen. Aber im polizeilichen Alltag erleben wir auch, dass wir immer weniger Sicherheit bieten können. Als Teil der Bevölkerung wünschen wir uns aber genau diese Sicherheit, um in Freiheit und Unversehrtheit leben zu können. Wir wünschen uns, dass wir nicht von Wohnungseinbrechern heimgesucht werden. Wir wünschen uns, dass wir uns frei und sicher bewegen können und nicht zu Schaden kommen.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen ihren Dienst ausüben, wünschen wir alles Gute und verbinden damit die Hoffnung, dass ihnen dennoch Zeit bleibt, um gleichwohl gemeinsame Stunden mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen von Herzen eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtfest, einen guten Rutsch und ein gesundes und sicheres Jahr 2016.

Ihr

Ralf Kusterer



> Ralf Kusterer

# Bildungszeitgesetz – Beschäftigte haben Anspruch auf fünf Tage Freistellung im Jahr für Weiterbildung

## dbb akademie – anerkannte Bildungseinrichtung – Seminare und Schulungen ab sofort

Am 1. Juli 2015 ist das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG BW) in Kraft getreten. Damit haben auch Beschäftigte in Baden-Württemberg einen Anspruch darauf, sich zur Weiterbildung von ihrem Arbeitgeber an bis zu fünf Tagen innerhalb eines Kalenderjahres freistellen zu lassen (wird regelmäßig an weniger als fünf Tagen gearbeitet, verringert sich der Anspruch entsprechend). Die Freistellung

erfolgt unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes. Einen Anspruch auf Bildungszeit haben Arbeitnehmer/-innen, Auszubildende, Beamte/-innen und Richter/-innen, deren Beschäftigungs- beziehungsweise Ausbildungsverhältnis seit mindestens zwölf Monaten besteht. Für Auszubildende beträgt der Anspruch fünf Arbeitstage für die gesamte Ausbildungs- beziehungsweise Studienzzeit. Die bezahlte Bil-

dungsfreistellung kann für die berufliche Weiterbildung, die politische Weiterbildung sowie für die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten genutzt werden.

Anträge auf Bildungszeit müssen spätestens acht Wochen vor Beginn der Maßnahme beziehungsweise der geplanten Bildungszeit beim Arbeitgeber schriftlich mit Informationen zur Bildungsmaßnahme (Termin, Inhalt) und zum Anbieter (insbesondere ob eine Anerkennung nach dem BzG BW vorliegt) eingereicht werden. Der Arbeitgeber entscheidet dann unverzüglich, spätestens bis vier Wochen vor Beginn der Maßnahme beziehungsweise der geplanten Bildungszeit. Entscheidet der Arbeitgeber nicht fristgerecht vier Wochen vorher über den Antrag auf Bildungszeit, gilt er als bewilligt. Arbeitgeber können den Antrag nur in ganz bestimmten Fällen ablehnen. Die Kosten

der Bildungsmaßnahme (Kursgebühr) und gegebenenfalls die Anreise tragen die Beschäftigten selbst.

Antragsformular, Merkblätter und weitere Informationen findet man im Internet unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Bildung/Seiten/Bildungszeit.aspx>.

Bildungsmaßnahmen im Sinne des BzG BW dürfen nur von anerkannten Bildungseinrichtungen durchgeführt werden. Wenn die Bildungseinrichtung als Bildungseinrichtung im Sinne des BzG BW anerkannt wurde, kann die Einrichtung in eigener Zuständigkeit und Verantwortung Bildungszeitmaßnahmen anbieten. Eine Anerkennung von Bildungsmaßnahmen findet nicht statt.

Angebote findet man in den DPoIG-Publikationen und unter <http://www.dbbakademie.de>



Der dbb akademie wurde mit Bescheid des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 4. August 2015 die Eigenschaft als anerkannte Bildungseinrichtung nach dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG BW) verliehen. Die Anerkennung berechtigt, Bildungsmaßnahmen im Sinne des BzG BW durchzuführen. Die Einstufung der dbb akademie als anerkannte Bildungseinrichtung nach dem BzG BW sichert Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Seminaren, die die DPoIG und der Beamtenbund BW in Zusammenarbeit mit der dbb akademie anbietet, zu, dass ihnen dafür Bildungszeit gewährt wird.

## Kompetent in einer immer komplexeren Medienwelt

Für das termingerechte Erscheinen und die Inhalte der DPoIG-Mitgliederzeitschrift POLIZEISPIEGEL sind die Redakteure der DPoIG-Landesverbände verantwortlich. Der diesjährige bundesweite Erfahrungsaustausch fand im September in Geldern am Niederrhein statt. Für die DPoIG Baden-Württemberg war Sven Heinz dort.

Auf der mehrtägigen Konferenz referierten Fachanwälte zu den Themengebieten Medien- und Presserecht. Vertreter des dbb Verlags und der DPoIG-Bundesgeschäftsstelle moderierten Fachdiskussionen zum neu eingeführten Redaktionssystem

und wiesen auf rechtliche Stolperfallen im Internet und im Umgang mit sozialen Netzwerken hin. Im Rahmen einer Schreibwerkstatt konnten die Redakteure das neu erworbene Wissen teilweise gleich in die Tat umsetzen. Während die Köpfe der Redakteure rauchten, wurde nur wenige Kilometer entfernt die Septemberausgabe des POLIZEISPIEGELS produziert. Für die Redakteure bot sich beim Besuch des Verlagshauses Gelegenheit, das Entstehen des POLIZEISPIEGELS ab Eingang der Textbeiträge und Fotos über Satz, Layout und Korrektur in der Agentur, über die Herstellung von Druckplatten, Papier-

auswahl, hochmodernen Druckverfahren, Schnitt, Heftung in der Druckerei bis hin zum automatisierten Postversand an alle Mitglieder zu verfolgen. Obwohl das Verlagshaus auf eine über 270-jährige Firmengeschichte

zurückblicken kann, war es schön festzustellen, dass auch im Jahre 2015 hinter dem POLIZEISPIEGEL eine stattliche Anzahl von erforderlichen Handgriffen und damit „Menschen“ steckt.

Sven Heinz



Besichtigung der Druckerei mit Papierlager und Druckstraße



DPoIG-Landeskongress 2015

## Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte – Ohne uns läuft nichts

Vom 19. bis 20. November 2015 fand in Stuttgart der 20. Landeskongress statt. Er beschäftigte sich mit einer Vielzahl von Anträgen zur Inneren Sicherheit, zur Beschäftigungssituation der Polizei im Land und debattierte über das Programm der DPoIG für die kommende Legislaturperiode. Die fast 300 Delegierten haben mit einer Neufassung der Satzung den Verband zukunftsfähig aufgestellt. Mit einer Stuttgarter Erklärung hat der Landeskongress Position zur Inneren Sicherheit bezogen, die Situation in der Polizei analysiert und die damit verbundenen Erwartungen an die Politik formuliert. Der Kongress wählte eine neue Führungsspitze und in den nächsten Wochen werden darüber hinaus weitere personelle Änderungen in den Gliederungen folgen. Damit steht der 20. Landeskongress auch für einen Generationswechsel. Diejenigen, die Verantwortung übernehmen, haben bereits seit Jahren, einige seit Jahrzehnten, den Verband geprägt, und der verbandsinterne Erfahrungs- und Wissenstransfer kann sicher als gelungen bezeichnet werden.



> Der scheidende Landesvorsitzende Joachim Lautensack wurde mit viel Beifall und Standing Ovations gefeiert.

### Landeskongress: Eröffnung und Rückblick

Joachim Lautensack, seit 2003 Landesvorsitzender der DPoIG, eröffnete in der Alten Reithalle in Stuttgart den 20. Landeskongress am 19. November 2015, der unter dem Motto „Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte – Ohne uns läuft nichts“, stand.

Nach der Begrüßung der rund 300 Delegierten und der Beschlussfassung über die Regularien des Kongresses legte Joachim Lautensack für die vergangene Amtsperiode Rechenschaft in Form eines umfangreichen Geschäftsberichtes ab. Beim Vortrag eines so umfangreichen Geschäfts- und Tätigkeitsberichtes musste sich Joachim Lautensack auf einige



> Die neu gewählte Landesleitung der DPoIG BW: Daniel Jungwirth, Jürgen Engel, Ralf Kusterer und Oliver Auras (von links)

ausgewählte Highlights und auf einige Zwischentöne und Hintergründe der Gewerkschaftsarbeit der vergangenen vier Jahre beschränken. In einem kurzweiligen Zeitraffer trug der scheidende Landesvorsitzende vielfältige berufspolitische Aktivitäten vor. Die Bandbreite reichte dabei von der berechtigten Kritik an der Polizeireform über Protestmaßnahmen im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen bzw. Besoldungsanpassungen, zahlreiche Gespräche und Ver-

handlungen mit politischen Entscheidungsträgern bis hin zu den überaus erfolgreichen Personalratswahlen im vergangenen Jahr. Seinen Geschäftsbericht schloss Joachim Lautensack mit den Worten: „Mit freudiger Zufriedenheit im Herzen aber mit zwei weinenden Augen übergebe ich meine DPoIG an den neuen Landesvorstand. Meine DPoIG, die besser dasteht als je zuvor. Meine DPoIG, für die ich über 20 Jahre gelebt und gearbeitet habe. Ein herzliches Glückauf

dieser Gewerkschaft und ihren künftigen Mandatsträgern.“ Nach zwölf Jahren als Vorsitzender des Landesverbandes kandidierte Joachim Lautensack nicht mehr für dieses Amt.

Mit viel Beifall und großem Dank wurden die Landesvorstandsmitglieder Axel Klaffke, Dieter Knolmar, Hansjürgen Maier, Peter Mangel, Egon Manz, Manfred Riehl, Jürgen Vogler, Berndt Wittmeier, Siegfried Traub, Jürgen Weber, Thomas

Braun und Martin Schuler verabschiedet.

## > Wahlen

Mit einem hervorragenden Wahlergebnis wurde Ralf Kusterer von den Delegierten ins Amt des Vorsitzenden gewählt. Damit erhielt er das uneingeschränkte Vertrauen und starken Rückenwind von seiner Mannschaft für die kommende Legislatur.

Ausgezeichnete Wahlergebnisse erzielten auch seine Stellvertreter Oliver Auras aus Esslingen, Jürgen Engel aus Göppingen und Daniel Jungwirth aus Lauchheim

In den Landesvorstand wählten die Delegierten weiter:

Ursula Korn (Ravensburg), Landesbeauftragte für den Verwaltungsdienst

Torsten Noe (Mosbach), stellvertretender Landesbeauftragter für den Verwaltungsdienst

Katja Schmidhäußler (Tübingen) Landesbeauftragte für die Feuerwehr



> Landesvorsitzender Ralf Kusterer ging in seiner Ansprache auf die allgemeine Situation in der Polizei ein. Mit überaus deutlichen Worten forderte er die Politik zum Handeln auf. „Versagen oder Handeln, einen Zwischenweg und einen Kompromiss gibt es nicht. Wer es nicht schafft, die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewähren und dafür eine Sicherheitsarchitektur mit gut ausgebildetem und ausreichendem Personal und einer angemessenen Ausstattung zu schaffen, der hat seine politische Aufgabe nicht erfüllt“, so Kusterer.



> Herr Minister Gall ist der Meinung, dass Polizei, Landesverwaltung und Ehrenamtliche derzeit einer ungeheuren Belastung ausgesetzt sind. „Die Anschläge von Paris zeigen eine ganz neue Dimension von Terror und Gewalt auf. Sowohl qualitativ als auch quantitativ. Wir müssen deren Strategie unserer eigenen entgegenstellen. Die Rolle unserer Polizei muss die einer durchsetzungsfähigen und trotzdem bürgernahen Polizei sein. Die Bodycam wird kommen, um Gewalt gegen Polizisten entgegenzuwirken. Ich spreche nicht nur mit Polizisten, die goldene Schulterstücke haben. Ich weiß um die Belange derer, die (jetzt mal salopp ausgedrückt) die ‚Rübe‘ vor Ort hinhalten. Der Gesundheitsschutz ist mir sehr wichtig. Vorsitzender einer Gewerkschaft zu sein ist nicht immer Sonnenschein. Ich nehme Ihre Hand, Herr Kusterer, gerne an und freue mich auf den Dialog und auch auf den ein oder anderen fairen Streit mit Ihnen,“ so Gall.



Siegfried Braun (Ulm), stellvertretender Landesbeauftragter für die Feuerwehr

Manfred Ripberger (Ostalbkreis), Landesbeauftragter für die Kriminalpolizei

Wolfgang Mallach (HfPol), Landesbeauftragter für Behindertenfragen

Norbert Schwarzer (Karlsruhe), Landesbeauftragter für den Freiwilligen Polizeidienst

Wiedergewählt wurden die bisherigen Kassenprüfer und Rechnungsprüfer, Josef Krejci und Bernd Menzel. Ihnen als Stellvertreter zur Seite stehen zukünftig die Kollegen Claudius Krapf (Friedrichshafen) und Peter Fallner (Lörrach).

#### ► Versagen oder Handeln

In einer vom Landeskongress verabschiedeten „**Stuttgarter Erklärung**“ fordert die DPolG, dass die Polizei in Baden-Württemberg die Anerkennung erfahren und die Ausstattung erhalten muss, die sie benötigt, um sowohl den hohen Erwar-

tungen der Bürgerinnen und Bürger als auch der Politik gerecht zu werden. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, die **Sicherheitsarchitektur** in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln.

Die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg müssen so ausgestattet sein, dass die Beschäftigten die hohen Erwartungen erfüllen können. Die Politik muss die **personellen, rechtlichen und sachlichen Voraussetzungen** schaffen und erhalten, die für die Erfüllung des Auftrages notwendig sind.

**Der Schutz unserer Dienstkräfte** vor den zunehmenden Gefahren durch gewalttätige Angriffe hat absolute Priorität. Deshalb fordern wir neben einem besseren strafrechtlichen Schutz auch eine ständige Überprüfung der Schutzausstattungen. Eine Körperschutzausstattung muss zur persönlichen Verfügung stehen. Ebenso müssen ein Einsatzanzug und ein passender Helm selbstverständlich sein.

Die **Polizeibeschäftigten** in Baden-Württemberg müssen flächendeckend angemessen und **leistungsgerecht bezahlt und sozial abgesichert** sein. Einschnitte in der Eingangsbesoldung und erhebliche Kürzungen der Gesundheitsfürsorge sind nicht gerechtfertigt.

Laufbahn- und besoldungsrechtlich halten wir an der Forderung zur Einführung einer gesonderten **Besoldungs- und Laufbahnordnung Polizei** fest.

Eine qualifizierte **Ausbildung und Fortbildung** aller Polizeibeschäftigten sichert die hohe Qualität der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Wir fordern eine Bildungsoffensive, die mit einem Gesamtkonzept zukunftsorientiert die polizeiliche Bildungslandschaft ordnet und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt.

Beamtinnen und Beamte der **Polizeiverwaltung** tragen wesentlich zur Bewältigung der gesamtpolizeilichen Aufgaben bei. Neben Unterstützung und Entlastung bei zu-

nehmend administrativen Tätigkeiten sind sie unter anderem der Garant dafür, dass Laufbahn-, beamten- und versorgungsrechtliche Belange der Beschäftigten gewährleistet werden.

**Tarifbeschäftigte** der Polizei leisten hochwertige und unverzichtbare Arbeit in wichtigen Funktionen. Wir fordern Respekt, realistische Funktionsbeschreibungen und eine gerechte Eingruppierung.

**Schwerbehinderte** Kollegen/-innen müssen einen Platz in unserer Mitte haben, können und dürfen nicht ausgegrenzt werden. Die Polizei und der öffentliche Dienst müssen im Umgang mit Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion entwickeln.

Fehler in der **Sicherheitsarchitektur** sowie Sparzwänge im öffentlichen Dienst stehen einer leistungsfähigen Verwaltung entgegen. Von einer bürgerorientierten Gewährleistung der Inneren Sicherheit sind wir weit entfernt.



► Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPolG: „Man kann nicht die Polizei an Händen und Füßen fesseln und sich dann beschweren, dass sie nicht schnell genug läuft! Wenn der Lehrer an einer Schule nicht ohne richterlichen Beschluss in die Tasche eines Schülers schauen darf, dann ist das kein rechtsstaatliches System, sondern Irrsinn.“



► Vorsitzender des Beamtenbundes Baden-Württemberg, Volkmar Stich: „Der Deutsche Beamtenbund arbeitet seit Jahrzehnten hervorragend mit der DPolG Baden-Württemberg zusammen und das ist insbesondere einem Dieter Berberich und einem Joachim Lautensack zu verdanken. Auch die Vorgängerregierungen haben der Beamtenschaft Opfer abverlangt, aber nicht in dieser Taktung. Der öffentliche Dienst tritt in Konkurrenz der Wirtschaft bei der Rekrutierung von Nachwuchs. Die Absenkung der Eingangsbesoldung muss zurückgenommen werden, um auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben.“



> CDU-Fraktionsvorsitzender Guido Wolf sagt: „Es darf keine Nachlässigkeit in Sicherheitsfragen geben. Wir müssen uns ständig die Frage stellen, ob Polizei, Feuerwehr und andere Organisationen alles haben, was sie brauchen. Wenn man wirklich in die Basis der Polizei hineinhorcht, spürt man Erschöpfung. In der heutigen Situation ist es wichtig, dass unsere Polizei rechtzeitig die richtigen Informationen hat. Daher muss auch zum Beispiel der Verfassungsschutz verstärkt werden. Wir vertrauen unserer Polizei. Wir brauchen keine Kennzeichnungspflicht. Wenn ich höre, dass drei Polizisten sich einen Helm oder eine Körperschutzausstattung teilen müssen, dann muss die Politik handeln! In der Polizeireform ist nicht alles schlecht. Aber viele Felder müssen nochmals überdacht werden, Herr Innenminister! Lassen Sie uns in die Polizei hineinhorchen. Und zwar von den goldenen bis zu den blauen Sternen.“



> Claus Schmiedel, SPD-Fraktionsvorsitzender, äußert: „Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Von der Terrorszene der 70er-Jahre hat sich nicht jeder Bürger angesprochen gefühlt, weil dort die Opfer aus prominenten Kreisen ausgesucht wurden. Heute muss jeder mit so etwas rechnen. In diesen Zeiten reden wir nicht mehr über Kennzeichnungspflicht. Personalverstärkung kann man nicht schnitzen. Wir müssen die Wiederbesetzungssperre bei Tarifstellen streichen.“



> Justizminister a. D. und innenpolitischer Sprecher der FDP, Prof. Dr. Ulrich Goll, spricht zu den Kongressteilnehmern: „Wenn Unternehmen aus Baden-Württemberg ihre Strukturen reformieren, dann werden Informationswege verkürzt und Verfahren vereinfacht. **Bei der Polizeireform sind die Wege weiter geworden.** Wir brauchen eine Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Polizei. Wenn wir Politiker und viele aus der Landesverwaltung abends ins Bett gehen, dann laufen Polizisten in den Innenstädten marodierenden Jugendlichen hinterher. Wenn wir über eine gewaltige Aufstockung der Einstellungen reden, dann war die Schließung von drei Bildungsstandorten wohl doch nicht so toll.“

**Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst** sind überlastet. Bereiche außerhalb der Polizei sind nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Polizei muss in zu vielen Fällen tätig werden und für die eigenen drängendsten Aufgaben ist keine Zeit.

> **Für Tarif- und Gewerkschaftspluralität – gegen eine Einheitsgewerkschaft!**

Achtung und Schutz der Würde des Menschen und der Einsatz für die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte sind das Fundament unserer demokratischen Polizei. Zu diesen

Grundrechten zählt ausdrücklich auch die Möglichkeit von Beschäftigten, sich in unabhängigen und freien Gewerkschaften zusammenzuschließen und für ihre Interessen einzutreten. **Deshalb lehnen wir jegliche Einschränkung, auch wenn sie über die Hilfskonstruktion einer gesetzlichen Tarifeinheit formuliert ist, rigoros ab.**

**Auch wenn die DPoIG längst die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg ist, setzen wir uns gegen eine gesetzliche Tarifeinheit ein.**

> **Für eine humane Gesellschaft – Unsere Verantwortung für alle Menschen**

Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir werden uns auch künftig mit Engagement, Überzeugung und allen uns zur Verfügung stehenden Kräften all denjenigen entgegenstellen, die Menschen anderer Herkunft oder anderen Glaubens zu diskriminieren, beleidigen oder anzugreifen versuchen. Wir fühlen uns als Polizei in besonderer Weise verpflichtet.

Die Politik ist aufgefordert, alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten der Verbote verfassungsfeindlicher, menschenverachtender und gefährlicher Institutionen und Vereine zu nutzen, um Radikalen und Kriminellen gleichermaßen wirksam zu begegnen.

> **Öffentlichkeitsveranstaltung**

Zur gut besuchten Öffentlichkeitsveranstaltung kamen Delegierte und Ehrengäste, darunter Innenminister Gall, Bürgermeister Schairer, die Fraktionsvorsitzenden von CDU – Wolf und SPD – Schmiedel sowie die Polizeisprecher von CDU – Blenke, SPD – Sakelarios, den Grünen – Häffner und der FDP – Goll teil. Zahlreiche Vertreter von Polizeidienststellen, von Verbänden und wirtschaftlichen Einrichtungen, medial begleitet von zahlreichen Journalisten, folgten der Einladung der DPoIG. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Blechbläserensemble des Landespolizeiorchesters unter der Leitung von Bernd Köstlin.

Bilder von Fotograf Dirk Kocks-kämper (DPoIG) ■

# Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Heidelberg

Am 6. Oktober 2015 fand im Nebenzimmer der Gaststätte „Makedonia“ in Heidelberg die Jahreshauptversammlung des KV Heidelberg statt. Nach der Begrüßung durch unsere Vorsitzende Christiane Eiermann, dem Kassenbericht und des Berichtes von Kassenprüfer Thomas Fänderich, informierte Manfred Riehl über die Mitgliederentwicklung und alles rund um den Ausgang der Personalratswahlen im November 2014.

Als Vertreter des Landesvorstandes der DPoIG nahm der damals amtierende Landesvorsitzende Joachim Lautensack teil und hielt einen kurzweiligen Vortrag.

Er machte keinen Hehl daraus, dass er nie ein Befürworter der Polizeireform war und zeigte deutlich auf, wo es immer noch drunter und drüber geht.



> Sieghard Maier, Christiane Eiermann, Dirk Becher, Friedhelm Pfefferle, Dieter Berberich, Christian Konwitza, Arnold Riebe, Albert Ernst, Erich Lindenthal, Joachim Lautensack, Hajo Hohenadel (von links)



> Joachim Lautensack bei seinem unterhaltsamen Vortrag.

Bei der Ehrung langjähriger Mitglieder wurden durch Christiane Eiermann die Urkunden und Ehrennadeln in Silber für die 25-jährige Mitgliedschaft und die Variante in Gold für die 40-jährigen Jubilare von Jogi Lautensack überreicht.

Höhepunkt waren die Ehrungen zum 50-/60sten. Stellvertretend für die „echten“ Fünfiger muss natürlich ein legendäres Mitglied, das weit

über die Grenzen des Kreisverbandes durch sein gewerkschaftliches Wirken bekannt ist, genannt werden: Dieter Berberich, der Landesvorsitzende des Seniorenverbandes öffentlicher Dienst BW. Wie man ihn kennt, ließ er es sich nicht nehmen, den ein oder anderen humorvollen Kommentar zum Besten zu geben. Im Anschluss an den offiziellen Teil war noch ausreichend Zeit für die Gespräche beim gemütlichen Zusammensein. ■

## Wonneproppen-Kandidaten Dezember 2015

Heute stellen wir Ihnen die Kandidaten zur Wahl des Wonneproppens im Monat Dezember 2015 vor, die ihre Bewerbung bis zum Redaktionsschluss eingereicht haben.

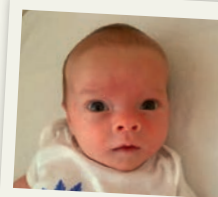
Bitte stimmen Sie unter [www.dpolg-bw.de](http://www.dpolg-bw.de) ab und wählen Sie den DPoIG-Wonneproppen des Monats Dezember 2015. Den Web-Sieger stellen wir jeweils in der folgenden Ausgabe des POLIZEISPIEGELS vor.



Amelie Bussmann +++  
11/8/2015 +++ 3340 g +++  
51 cm



Felix Schremser +++  
1/9/2015 +++ 3850 g +++  
53 cm



Janina Martin +++  
31/8/2015 +++



Hannah Dürr +++ 5/5/2015  
+++ 3330 g +++ 49 cm



Theo Sommer +++  
8/8/2015 +++ 3200 g +++  
51 cm



# Jahreshauptversammlung 2015 – Kreisverband Mannheim unter neuer Führung

Die Jahreshauptversammlung des KV Mannheim fand am 17. September 2015, im Saal der IPA in Mannheim statt. Kreisvorsitzender Walter Krech konnte neben zahlreichen Mitgliedern auch den Landesvorsitzenden Joachim Lautensack, Egon Manz (Bezirksvorsitzender und Ehrenvorsitzender des KV MA), sowie Herrn Nagel (Kooperationspartner BBBank) herzlich willkommen heißen. Nach den Rechenschaftsbe-

Ruhestandes nicht mehr für ein Stellvertreteramt. Als Dank für die unermüdlich geleistete Gewerkschaftsarbeit erhielten beide eine kleine Aufmerksamkeit. Als neuer Vorsitzender des Kreisverbandes wurde Dirk Neitzke einstimmig gewählt. Als Stellvertreter wurden aus der altbewährten Mannschaft Eike Reimann, Horst Mayfarth und Michael Schöfer nominiert und gewählt. Jutta Schulz wurde neu hinzugewählt. Auch der



Der neue Vorstand des DPoIG-Kreisverbandes Mannheim: Dirk Neitzke (Vorsitzender), Günter Troschka (Geschäftsführer), Michael Schöfer (stellvertretender Vorsitzender), Jutta Schulz (stellvertretende Vorsitzende), Kurt Sandrisser (Schatzmeister) Horst Mayfarth (stellvertretender Vorsitzender), Miriam Schmidt (Schriftführerin) (von links). Nicht auf dem Foto: Eike Reimann (stellvertretende Vorsitzende).



Joachim Lautensack und Dirk Neitzke mit den Geehrten für 25-jährige Mitgliedschaft

richten von Walter Krech, dem Schatzmeister Kurt Sandrisser und dem Bericht des Kassensprüfers Rolf Wusterhausen erfolgte eine einstimmige Entlassung des Vorstandes. Walter Krech stand nach seiner Rückkehr zur Wasserschutzpolizei für das Amt des Vorsitzenden nicht mehr zur Verfügung. Ebenso kandidierte Michael Schloer aufgrund nahenden

Schatzmeister Kurt Sandrisser wurde wiedergewählt. Als Vertreterin der JUNGEN POLIZEI und gleichzeitig Schriftführerin fungiert Miriam Schmidt. Die Geschäftsführung des Kreisverbandes liegt weiter in den Händen von Günter Troschka. In der Pause sorgte Jupp Engers mit einer vorzüglichen Stärkung für das leibliche Wohl. Im Anschluss sprach

Herr Nagel von der BBBank einige Grußworte. Der amtierende Landesvorsitzende Joachim Lautensack informierte in gekonnter Art und Weise über „Neuigkeiten“ aus dem Landesverband. Auch Egon Manz ließ es sich nicht nehmen, sich in altbekannter Manier an die

Versammlung zu wenden. Nach den Redebeiträgen erfolgte die Ehrung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen anlässlich ihrer 40-jährigen oder 25-jährigen Zugehörigkeit zu einer demokratischen Gewerkschaft.



Joachim Lautensack und Dirk Neitzke mit den Geehrten für 40-jährige Mitgliedschaft (Kuno Bachert, Bernd Kreideweis, Joachim Lautensack, Rolf Wusterhausen, Günter Troschka, Michael Schloer, Dirk Neitzke) (von links)

### Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger (V. i. S. d. P.)  
Schwabenstraße 4  
76646 Bruchsal  
Telefon 07251.5710  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 0711.245141  
Telefax 0711.2361053  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830

## DPoIG-Wonnepoppen: Web-Sieger des Monats November 2015

Viele DPoIG-Mitglieder klickten sich durch die Fotogalerie der DPoIG-Wonnepoppen und wählten dadurch den Wonnepoppen-Sieger des Monats November 2015!

Das Baby mit den meisten Klicks hat gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch an das Web-Sieger-Baby Davin Steiger.

Die Eltern erhalten von der DPoIG ein Präsent.



Davin Steiger +++ 27/12/2014